



FLUCHTPOLITISCHE STATEMENTS 2020

Forderungen an die Kölner OB-Kandidat*innen und Parteien

Das Bündnis „Köln zeigt Haltung“ fordert von den gewählten Vertreter*innen unserer Stadt eine klare Haltung zu Fragen der Solidarität und des gleichberechtigten Miteinanders in Köln.

1. Haltung gegen Rechts zeigen

Wir fordern die kommunale Politik dazu auf, sich mit den tatsächlichen Herausforderungen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden auseinanderzusetzen, statt Abschottung und Abschreckung zu fördern. Wir fordern die politischen Parteien dazu auf, Haltung zu zeigen und sich entschieden gegen rechte Scheinargumente zu stellen.

2. Migration als Normalität anerkennen

Gesellschaftliche Teilhabe beginnt nicht erst mit der Aufenthaltserlaubnis. Für Asylsuchende, Geduldete und Menschen ohne Papiere müssen Zugänge zu gesellschaftlichen Räumen geschaffen werden, anstatt sie zu prekarisieren und zu kriminalisieren. Migration ist ein Phänomen moderner Gesellschaften. Dementsprechend muss ein politisches Umdenken stattfinden, weg von der Problematisierung hin zur Normalisierung von Migration.

3. Aufnahme- und Aufenthaltspolitik weiterentwickeln

Die bisherige menschenrechtsorientierte Aufnahme- und Aufenthaltspolitik der Stadt Köln begrüßen wir. Sie soll fortgesetzt, weiterentwickelt und auch in der Region gefördert werden. Gemeinsam mit dem Land NRW soll die Stadt Köln die notwendigen Rahmenbedingungen für die vom Städtebündnis „Sicherer Hafen“ geforderte zusätzliche Aufnahme aus Seenot Geretteter schaffen und die vom Rat der Stadt im Februar 2020 beschlossene freiwillige Aufnahme von zunächst 100 Geflüchteten durchsetzen. Diese Zahl muss allerdings deutlich erhöht werden und auch in den Elendslagern an den europäischen Außengrenzen und in Libyen gestrandete Schutzsuchende mit einbeziehen.

4. Bleibeperspektiven schaffen

Die 2019 in Kraft getretenen Einschränkungen im Aufenthaltsrecht erschweren Menschen mit Duldung systematisch den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe. Es sollen alle aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten und Spielräume genutzt werden, um den Betroffenen eine Bleibeperspektive zu geben und ihnen den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Das Bleiberechtsprojekt der Stadt Köln, das im ganzen Land Vorbildcharakter hat, soll personell verstärkt werden, um zu gewährleisten, dass die Anzahl der Teilnahmeberechtigten ständig aktualisiert wird.

5. Kirchenasyl schützen

Das Kirchenasyl ist ein seit Jahrtausenden verankertes und seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik toleriertes Schutzinstrument. Durch das rigide Vorgehen des BAMF droht es, abgeschafft zu werden. Wir fordern eine Entkriminalisierung des Kirchenasyls, damit die Kirchen ihrer ethischen Verantwortung nachkommen können.

6. Menschenwürdiges Wohnen ermöglichen

Die Stadt Köln soll sich nicht darauf beschränken, die 2017 verabschiedeten Mindeststandards für die Unterbringung Geflüchteter einzuhalten. Sie soll vielmehr dafür sorgen, allen in Köln lebenden Menschen selbstbestimmtes und menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen und dafür die Schaffung bezahlbaren Wohnraums vorantreiben und unterstützen.

7. Bildungsgerechtigkeit schaffen

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen soll im erforderlichen Maße fortgesetzt und ausgebaut werden, so dass ein entwicklungsgerechter Zugang zu Bildung gewährleistet ist. Familien sollen bei Bedarf in ihrer Erziehungsaufgabe gestärkt werden.

8. Ausbildung und Arbeit ermöglichen

Arbeit ist ein wichtiger Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Ausbildungsduldungen sollen daher zügig und unbürokratisch erteilt werden. Dazu sollen alle Handlungsspielräume der Ausländerbehörde ausgeschöpft werden, damit Betriebe und Auszubildende schnell die nötige Rechtssicherheit erhalten. Die Ausländerbehörde soll sich proaktiv dafür einsetzen, Auszubildenden sobald als möglich einen besseren Aufenthaltsstatus zu ermöglichen.

Aufgrund der jüngsten Einschränkungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht ist es vielen nicht mehr erlaubt, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Die Stadt Köln soll eine Vorbildrolle einnehmen: Sie soll sich dafür einsetzen, dass Menschen wieder Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Sie sollen nicht ein Leben lang von Sozialleistungen abhängig bleiben.

9. Gesundheitsversorgung gewährleisten

Die Stadt Köln soll dafür sorgen, dass im Bereich der Gesundheitsversorgung, insbesondere in Krankenhäusern, allen Patient*innen die gleiche Behandlung zusteht, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Sie soll einen unbürokratischen und umfassenden Zugang zur Gesundheitsversorgung auch für Illegalisierte und Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen gewährleisten.

10. Abschiebung abschaffen, Rassismus bekämpfen

Wir fordern die Stadt und die Politik auf, sich für die Grundrechte aller Kölner*innen unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunft einzusetzen und für ein gleichberechtigtes Miteinander ohne Angst vor Abschiebungen zu sorgen. Die zunehmende Entrechtung Schutzsuchender führt zu deren Kriminalisierung und Illegalisierung. Damit werden rassistische Tendenzen in der Gesellschaft gestärkt und der Boden für rechtes Gedankengut bereitet. Nur eine entschlossene Haltung gegen Rassismus, Ausgrenzung und Abschottung kann dem entgegenwirken.